

## Belarus im Zeichen von Willkürherrschaft und Selbstisolierung

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1998). *Belarus im Zeichen von Willkürherrschaft und Selbstisolierung*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 29/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47555>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Belarus im Zeichen von Willkürherrschaft und Selbstisolierung**

### **Zusammenfassung**

Die Restauration in Belarus wird durch Präsident Lukaschenko intensiviert, die "Verstaatlichung" von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schreitet voran. Der unberechenbare Präsident ist berechenbar nur in der Schaffung immer neuer Krisen und Feindbilder, um von den sich zuspitzenden Problemen in seinem Lande abzulenken. Die letzte Krise betraf den völkerrechts- und vertragswidrigen Hinauswurf der Botschafter aus ihren Residenzen in Minsk. In der Innenpolitik verstärkt das Regime seine Repression gegen die demokratische Opposition, die in Keimform weiter aktiv ist und internationale Unterstützung findet. Auf wirtschaftlichem Felde melden die offiziellen Statistiken zwar erhebliche Steigerungsraten, doch handelt es sich hierbei um subventionsinduziertes Wachstum und inflationstreibende Politik und damit um eine Scheinblüte. In Wirklichkeit werden die Probleme nur aufgeschoben. Belarus lebt von der Substanz und wird in große Schwierigkeiten geraten, wenn Rußland aufgrund kaum noch vorhandener finanzieller Spielräume seine verbilligten Energielieferungen drosselt und/oder cash verlangt. Rußland seinerseits schwankt aufgrund der Einwirkung unterschiedlicher Interessen und Interessengruppen zwischen Unterstützung Lukaschenkos und vorsichtiger Kritik. Immerhin unterstützte Moskau die Installierung einer OSZE-Vertretung in Minsk. Sie hat ihre schwierige Aufgabe, im Gespräch zwischen Vertretern von Regime und Opposition "Europäischen Standards" zum Durchbruch zu verhelfen, Anfang 1998 aufgenommen.

### **Verschärfung der inneren Repression**

In den vergangenen Monaten hat sich die Situation in Belarus auf allen Gebieten weiter verschlechtert, ist die Politik der "Verstaatlichung" von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weiter fortgeschritten. Die antidemokratische, antimarktwirtschaftliche und antiwestliche Vision des Präsidenten erhielt noch schärfere Konturen. Alte und neue Feindbilder wurden aktiviert, die Dynamik in Richtung Diktatur hat sich verstärkt. Der unberechenbare Präsident ist berechenbar nur in der Schaffung immer neuer Krisen, um von den sich zuspitzenden Problemen abzulenken sowie systembedingte Widersprüche und Widerstand aus der Gesellschaft zu überspielen. Allerdings läßt sich das Lukaschenko-Regime noch nicht als Diktatur definieren. Vielmehr handelt es sich eher um eine Willkürherrschaft ohne verbindliche Regeln und Normen, bei der sich der Präsident den wahllosen Zugriff auf sämtliche Lebensbereiche vorbehält.

In der Innenpolitik hält Lukaschenko das Heft fest in der Hand.<sup>1</sup> Das gilt umso mehr, als die politische Opposition weiter schwach ist: Sie verfügt über keine charismatische Figur, könnte sich kaum auf einen Präsidentschaftskandidaten einigen und ist in sich gespalten (so die Sozialdemokraten, die KP). Dennoch zeigt nicht zuletzt die Repression der Staatsmacht gegenüber regimekritischen Ansätzen, daß die demokratische Opposition weiter aktiv ist. Beispiele sind: Schikanierung von Versammlungen und Demonstrationen der Opposition, Inhaftierung Jugendlicher, Verbot und Restriktionen gegenüber der regimeunabhängigen Presse, Mobilisierung der Arbeitskollektive als Instrumente politischer Indoktrination und vorbeugender Eingrenzung sozialen Protests. Nicht übersehen werden sollte dabei das Vorhandensein unterschiedlicher Interessen und Gruppen *innerhalb* der Regime-Apparate: Die Staatsmacht ist in sich keineswegs homogen, wie beispielsweise die Handhabung der "Drosdy"-Affaire um den Hinauswurf der westlichen Botschafter aus ihren Residenzen sowie die ambivalente Haltung gegenüber der OSZE-Gruppe demonstriert.

Auffällig ist die Intensivierung der Bestrebungen Lukaschenkos, zur Stabilisierung seines Regimes einen *ideologischen Überbau* in Form einer antiwestlich ausgerichteten "slawischen Gemeinschaft" zu konstruieren, wobei interessanterweise auch Serbien und die Slowakei in sein Blickfeld geraten. Sprach er bisher nur von der Gemeinsamkeit der "slawischen Völker", so propagiert er jetzt eine "Slawische Union", gestützt auf zwei Elemente: die "glorreiche Sowjetvergangenheit" und die "1000jährige Geschichte der slawischen Nation". Weitere Symptome für die Verfolgung dieses die europäischen Integrationsprozesse konterkarierenden ideologischen Konstrukts sind der Empfang einer jugoslawischen Parlamentarierdelegation in Minsk unter panslawischen Vorzeichen sowie die Wahl Lukaschenkos zum Ehrenpräsidenten eines panslawistischen Kongresses in Prag. Die Aussichten, mit einem solch anachronistischen Überbau tatsächlich eine gesellschaftsintegrierende Ideologie zu schaffen, erscheinen angesichts des Zusammenwachsens Europas jenseits ethnischer Kriterien freilich gering.

### **Restauration in der Wirtschaft**

Die Wirtschaft Weißrußlands hat offiziellen Statistiken zufolge ein hohes Wachstum zu verzeichnen – das höchste in Europa überhaupt.<sup>2</sup> Wo liegen die Gründe für diesen erstaunlichen Umstand? Die Statistiken sind nicht unbedingt gefälscht, doch ist folgendes zu bedenken: Das Wachstum ist subventionsinduziert, geht von einem äußerst niedrigen Niveau aus und trägt nicht zu Modernisierung und Innovation bei. Vielfach, insbesondere im Verhältnis zu Rußland und seinen Regionen, herrscht Bartertausch, die Produkte sind im Westen immer weniger wettbewerbsfähig.

Hinzu kommt: Die Budget-Subventionierung wirkt inflationstreibend, so daß die Inflationsrate mittlerweile auf rund 65 Prozent anstieg und sich damit gegenüber 1997 verdoppelte. Konsequenz: Der daraus folgende Wertverlust des belarussischen Rubel führte im März 1998 zu seiner dramatischen Abwertung – was Lukaschenko den "Feinden" des Landes in Form westlicher Spekulanten und den "von ihnen abhängigen Personen in der russischen Führung" in die Schuhe schob. Das belarussische Wirtschaftswachstum ist somit eine *Scheinblüte*. In Wirklichkeit werden die Probleme nur aufgeschoben, so daß es immer schwieriger wird, sie in den Griff zu bekommen. Symptome für den Niedergang sind u.a.: ein rasch veraltender Kapitalstock und folglich wenig neue Produktentwicklungen aufgrund politisch motivierter inländischer und äußerst geringer westlicher Investitionen (IMF und Weltbank zogen ihre Vertreter 1998 aus Belarus zurück); ein steigendes Außenhandelsdefizit, das 1997 rund 1,5 Mrd. US-Dollar ausmachte; eine wachsende Subsistenzwirtschaft mit massiven Pauperisierungstendenzen, in deren Folge der monatliche Durchschnittsverdienst auf 50 bis 60 US-Dollar und die Rente auf 15 bis 20 US-Dollar gefallen sind.

Als Gegenmittel setzt das Regime auf Restauration in Form eines verstärkten Staatsinterventionismus, der Lukaschenko zufolge auf die "Vervollkommnung" des bestehenden Systems sowie auf die

<sup>1</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden die umfassenden Beiträge und Informationen in: Belarus News (Dortmund), Nr. 2/1998.

<sup>2</sup> Zur Wirtschaft Weißrußlands ausführlich Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung et al., Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise, Wochenbericht, Nr. 17/1998.

"Kontrolle und Regulierung praktisch sämtlicher Wirtschaftsprozesse" zielt.<sup>3</sup> Im einzelnen zählen dazu u.a.: Abbremsen und sogar Zurückschrauben der Privatisierung (z.B. durch Zwang zur Neuregistrierung); intensive Indienstnahme von Nationalbank und Bankenwesen für die staatliche Subventionspolitik; Vorgabe exakter Wachstums-Kennziffern für Produktion, Dienstleistungen und Konsum (7,8 Prozent, 10,5 Prozent bzw. 8,9 Prozent); Ausweitung der Preiskontrollen (was z.B. bei bestimmten Produkten und Nahrungsmitteln zum Abfluß über die offene Grenze nach Rußland führt). All dies wird die geschilderten negativen Tendenzen eher verstärken. Das Land lebt – so gesehen – von der Substanz und gerät gegenüber seiner Umwelt weiter in Rückstand, so daß es allmählich zu einer wirtschaftlichen "Zeitbombe" (IWF) wird. Jedenfalls werden sich die Folgen der Reformresistenz seiner Führung in dem Maße zuspitzen, wie sich Rußland weigert, die verfehlte Politik seines Unionspartners zu alimentieren. Die dramatische strukturelle Verengung der finanziellen Spielräume Moskaus wirkt in diese Richtung.

### Gespanntes Verhältnis zu Rußland

Für die zukünftigen Entwicklungen in Belarus spielt Rußland eine Schlüsselrolle. Trotz aller verbalen Bekenntnisse zu vertiefter "Integration" gestalten sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten äußerst kompliziert; der im Sommer 1997 ratifizierte "Unions"-Vertrag steht weitgehend nur auf dem Papier. Um seinen Einfluß in Rußland dennoch auszudehnen und Druck auf die Jelzin-Administration auszuüben, pflegt Lukaschenko intensive Beziehungen zu seinem "nationalpatriotischen" Anhang linker und rechter Couleur in Rußland. Dazu gehören Kontakte in die Duma und in den Föderationsrat hinein, häufige Reisen in die Regionen des Landes von Murmansk über Nowosibirsk bis Wladiwostok sowie enge Verbindungen zu den russischen Geheimdiensten. Nachdem die Verhandlungen über eine gemeinsame Fernsehstation stocken,<sup>4</sup> sendet Radio Belarus seit kurzem täglich sechs Stunden (künftig sind 16 vorgesehen) in den europäischen Teil Rußlands hinein – gleichsam als Gegengift gegen die dem Präsidenten verhaßten russischen Stationen ORT und NTV sowie als Druckmittel für deren Neutralisierung in zukünftigen Verhandlungen.

Ökonomisch betätigt sich das Regime weiter als Parasit Moskaus, indem es russische Energielieferungen nur teilweise bezahlt und damit droht, bei Minderung der Gasversorgung die Transitwege nach Westeuropa zu blockieren.<sup>5</sup> Zölle auf für Rußland bestimmte Waren aus Westeuropa werden von den Behörden nur teilweise nach Moskau weitergeleitet. Eine Synchronisierung der Wirtschaftsmechanismen, Rechtssysteme und Verwaltungsnormen Weißrußlands mit denen Rußlands lehnt Minsk rundweg ab, denn dies läuft Lukaschenko zufolge auf die "Zerstörung des Landes" hinaus.

Die russische Führung ihrerseits setzt auch weiterhin auf Lukaschenko als den vermeintlichen Garanten enger Beziehungen zu Moskau und der Wahrung seiner strategischen Interessen. Stichworte hierbei sind insbesondere die Sicherung zuverlässiger Transitrouten nach Westen und die enge, 1998 vertraglich fixierte militärische Kooperation und Harmonisierung, z.B. auf den Feldern Verteidigungspolitik und -strategie, Militärgesetzgebung, Rüstungsprogramme, Luftabwehr, gemeinsame regionale Kampfgruppen.<sup>6</sup> Nicht zufällig sprach der russische Verteidigungsminister Sergejew daher von der Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungsraums beider Staaten, und sein belarussischer Kollege Tschumakow assistierte: Die neue Militärdoktrin werde die Neutralität verwerfen und statt dessen in Einklang gebracht mit der Union Rußland-Belarus.<sup>7</sup> Eine Machtübernahme durch die demokratische Opposition könnte in Belarus eine Dynamik auslösen – so die Befürchtungen großer Teile der russischen Eliten –, in deren Gefolge Belarus von Rußland weggeführt und in den Sog des Westens und seiner Integrationsmechanismen geraten würde. Daher wird die Führung in Moskau

<sup>3</sup> Eine detaillierte Schilderung seines Wirtschaftsmodells findet sich in Lukaschenkos Beitrag "Belorusskaja model'", in: Sovetskaja Rossija (Moskau), 25.6.1998.

<sup>4</sup> Hierzu E. Tesemnikova, fir poëti ne viden, in: Nezavisimaja gazeta (Moskau), 27.1.1998.

<sup>5</sup> So der belarussische Ministerpräsident Ling laut Reuters, 18.3.1998.

<sup>6</sup> Hierzu im einzelnen V. Muchin, Voennoe sotrudniëstvo konkretiziruetsja, in: Nezavisimaja gazeta, 17.4.1998.

<sup>7</sup> Radio Minsk, 19.12.1997, bzw. Itar-Tass, 21.12.1997.

voraussichtlich nur dann aktiv, wenn sich in Belarus eine überzeugende philorussische Alternative zum gegenwärtigen Präsidenten abzeichnet.

Andererseits hat Moskau als Mentor des repressiven und reformfeindlichen Lukaschenko-Regimes jedoch einen Großteil der politischen und wirtschaftlichen Kosten der Minsker Politik der Selbstisolierung zu tragen. Politisch wurde dies beispielhaft evident, als Rußland während der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Kopenhagen (Juli 1998) mit Kasachstan alleinstand, als es darum ging, die Vertreter von Lukaschenkos Taschenparlament anstelle der Repräsentanten des legitimen Parlaments zu den Beratungen zuzulassen. Selbst die übrigen GUS-Staaten stimmten dagegen, darunter auch das Viererunion-Mitglied Kirgistan.<sup>8</sup> Wirtschaftlich werden die Kosten für Moskau fortan um so problematischer sein, als finanzielle Spielräume Rußlands kaum noch vorhanden sind und in Zukunft wenig Ressourcen für großzügige Subventionen an das selbstverschuldet in Not geratende Belarus verbleiben. Von daher ist Moskau durchaus an einer Auflockerung des Regimes, an einer Verbesserung der politischen und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Belarus und Westeuropa – als dem zentralen potentiellen Partner von Investitionen und Wirtschaftsmodernisierung – interessiert.

Symptomatisch für dieses Interesse Rußlands, an das der Westen im Sinne gemeinsamer Verantwortung für Demokratie und Stabilität in der Region anknüpfen könnte, bildet der sanfte Druck Moskaus auf Lukaschenko, die Arbeit einer OSZE-Beratungs- und Beobachtungsgruppe in Belarus zu akzeptieren. Diese Gruppe hat unter Leitung des deutschen Diplomaten Wieck ihre Arbeit im Januar 1998 in Minsk aufgenommen.<sup>9</sup>

### **Irrationales Handeln des Präsidenten**

Die völkerrechts- und vertragswidrige Vertreibung westlicher Botschafter aus ihrem Residenzen-Parkgelände in Minsk vom Juni 1998 deutet allerdings eher darauf, daß Lukaschenko auch in den Außenbeziehungen rationalen Kriterien nur schwer zugänglich ist – selbst dann nicht, wenn sie aus Moskau stammen. Die Gründe für den schwer verständlichen Schlag des Regimes gegen die Botschaften sind nicht ganz deutlich. Sie können in Konflikten unterschiedlicher Gruppen und Interessen innerhalb der Machtstrukturen wurzeln. Möglicherweise sind sie auch auf die Absicht des Präsidenten zurückzuführen, dem Publikum daheim und mehr noch in Rußland im Vorfeld des dortigen Wahlkampfes um die Präsidentschaft zu demonstrieren: Hier ist jemand, der dem Westen die Faust zeigt und nicht knieweich wird wie der um Finanzhilfe bettelnde Jelzin.

Das rüde Verhalten Lukaschenkos kann – was am wahrscheinlichsten ist – seine Ursache aber auch in einer irrationalen Reaktion des Präsidenten auf die wachsenden Wirtschaftsprobleme des Landes und vor allem auf die zunehmende Isolierung seiner Person haben. Denn zuletzt kam alles zusammen: die jüngste Kürzung der Energielieferungen aus Rußland sowie der Vorschlag des neuen (russischen) GUS-Sekretärs Beresowskij, das Hauptquartier der Gemeinschaft von Minsk nach Moku zu verlegen; die schmerzhaft eingeschränkte Beziehung westlicher Organisationen und Staaten zu Belarus – einschließlich der Verweigerung von Einladungen an Lukaschenko – nach dem kalten Staatsstreich des Präsidenten vom November 1996; die Verschärfung des Grenzregimes Polen-Belarus durch Warschau im Vorgriff auf die mit einem EU-Beitritt erforderliche Erfüllung des Schengener Abkommens; die Abwehr vermuteter Subversion gegen das Regime durch die Aktivitäten der OSZE-Gruppe, die zu allen politischen Richtungen intensive Kontakte pflegt.

So lautet die Frage: Wie kann Lukaschenko von seinem Trauma feindlicher Isolierung erlöst werden, ohne daß darüber europäische Standards, Werte und Prinzipien wie pluralistische Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltenteilung geopfert werden?

<sup>8</sup> M. Jusin, Dvum belorusskim delegacijam tesno v Kopenhagene, in: Izvestija (Moskau), 9.7.1998.

<sup>9</sup> Siehe hierzu ausführlich Heinz Timmermann: Die OSZE-Vertretung in Belarus, in: Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Teil I und II, Nr. 25/1998 und 26/1998.

**Ein schwieriger Balanceakt für die Europäer**

Europäische Organisationen wie OSZE, EU und Europarat sind seit Anfang 1997 bemüht, zwischen Staatsmacht und Opposition zu vermitteln, um einen Ausweg aus dem Verfassungskonflikt zu suchen und "Europäischen Standards" zum Durchbruch zu verhelfen. Dies erfordert einen schwierigen Balanceakt und eine Strategie, die Verständigung und Kompromißbereitschaft sucht, ohne darüber die eigenen

Prinzipien zu verleugnen und die Vertreter demokratischer Reformen zu schwächen. Politisch zwingend ergibt sich daraus die Notwendigkeit aktiver Präsenz europäischer Organisationen und westlicher Vertretungen in Belarus, solange dies irgend möglich ist. Gefragt ist eine zweigleisige Politik, die einerseits das Gespräch mit den Vertretern des Regimes sucht und andererseits den regimekritischen Kräften in Form von Parteien, Gewerkschaften, NGOs und Printmedien Bezugspunkte bietet. Solche Keimformen der Zivilgesellschaft entstanden im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der ersten Phase staatlicher Unabhängigkeit, leben ungeachtet wachsender Repression weiter, insbesondere in den urbanen Zentren des Landes und unter der jüngeren Generation.

Aufgrund mangelnder Bereitschaft des Präsidenten, Abstriche an der von ihm oktroyierten Verfassung zu machen und regimekritischem Handeln Raum zu geben, sind die Aussichten für Kompromiß und Ausgleich zwischen den Lagern in Belarus vorerst freilich gering. Mit raschen Umbrüchen ist nicht zu rechnen, zumal der Präsident über wichtige und für Regime dieses Typs klassische Reserven verfügt: eine Kombination aus mächtigen Repressionsapparaten auf der einen und nach wie vor breitem Konsens unter der Bevölkerung auf der anderen Seite.

Dennoch machen Kontakte auf offizieller Ebene Sinn – das Regime kann auf Dauer an einer Selbstisolierung nach Westen nicht interessiert sein, zumal die ökonomische Talfahrt dramatische Formen annimmt und angesichts leerer Kassen in Moskau möglicherweise nur durch westliche Unterstützung abgebremst werden kann. Vielleicht wäre zusätzlich zu den bereits existierenden Kanälen eine Troika EU-Rußland-Belarus geeignet, im Sinne der gemeinsamen Verantwortung für Demokratie und Stabilität in der Region Aktivitäten zu entfalten. Sie könnte dazu beitragen, das Potential der EU als Modernisierungspartnerin für Belarus zu entfalten, Rußland über die materielle Entlastung hinaus die Furcht vor einer radikalen Westwendung Weißrußlands zu nehmen und Belarus selbst aus seiner verhängnisvollen Selbstisolierung zu befreien. Den Rahmen für eine solche Troika könnten die Partnerschaftsverträge abgeben, die die EU mit Rußland rechtskräftig abgeschlossen und mit Belarus 1995 unterzeichnet hat. Sie sehen den politischen Dialog ausdrücklich vor.

Zugleich muß in westliches Kalkül einbezogen werden: Noch gibt es – auch auf kommunaler Ebene – gewisse Freiräume für die Opposition sowie für ausländische Partner und Hilfsorganisationen. Hieraus erwächst die Bedeutung der Democracy-Programme von Tacis (EU) und Transform (Bundesregierung) mit dem Ziel, in Belarus zur Professionalisierung sowie zur Förderung demokratischer Entwicklungen und humanitärer Initiativen beizutragen. Das gleiche gilt für die Vielzahl von Städtepartnerschaften, Parteikontakten, NGO-Aktivitäten und kulturellen Beziehungen zwischen den Gesellschaften. Zum einen fördern sie das wechselseitige Kennenlernen – hier besteht in Deutschland und Westeuropa im Verhältnis zu Belarus noch immer erheblicher Nachholbedarf. Noch wichtiger aber ist: Das massive Engagement aus den Gesellschaften heraus vermittelt den Kräften der Demokratie in Belarus das Gefühl, anders als in der Anfangsphase der Unabhängigkeit nach 1991 in der aktuellen schwierigen (Übergangs-) Periode vom Westen Aufmerksamkeit, Solidarität und Unterstützung zu erfahren.

Heinz Timmermann

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071